



Faire Trade – now!

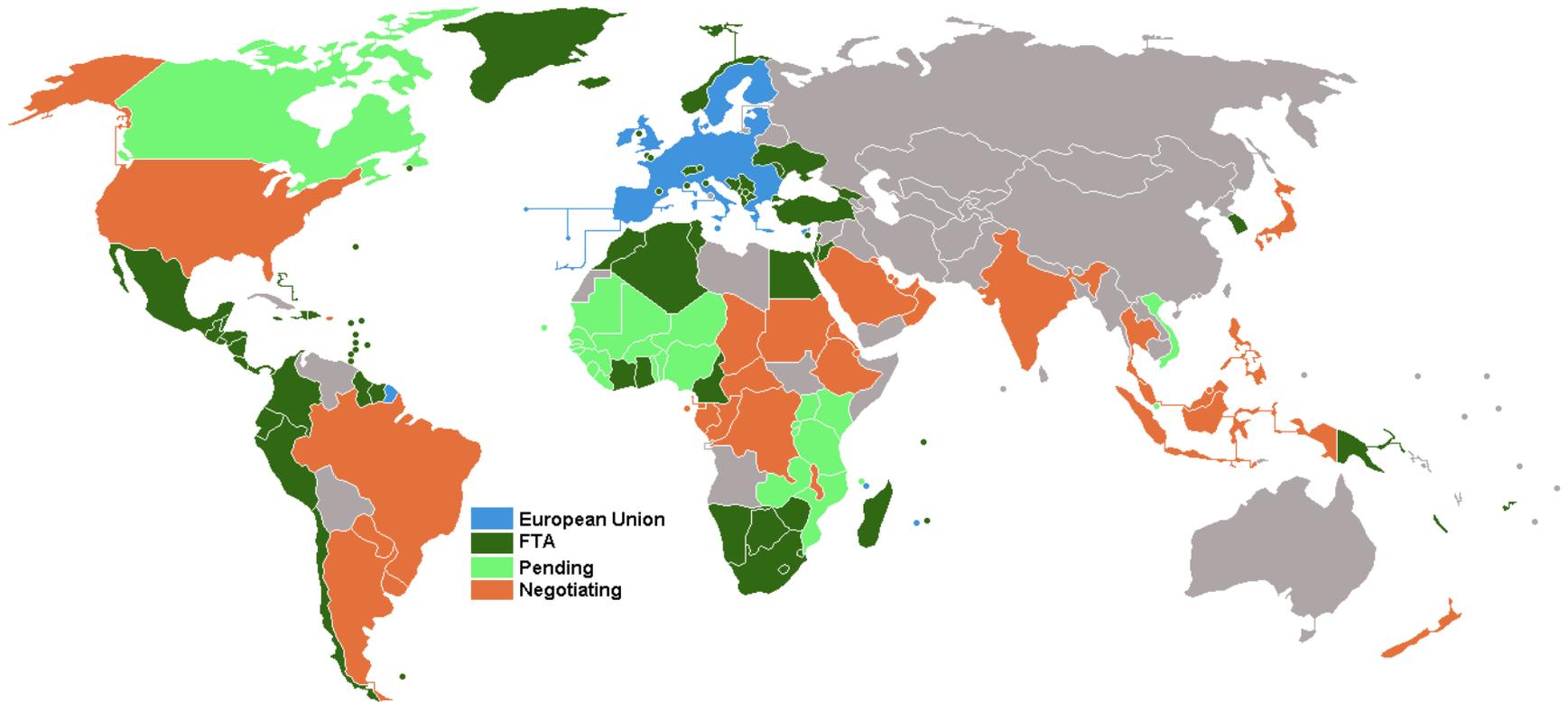


TTIP und CETA machten uns deutlich wie Freihandelsverträge gestrickt sind. Und die EU will Freihandelsverträge nicht nur mit den USA oder Kanada abschließen. Die EU verhandelt auch mit anderen Erdteilen. Mit Ostafrika wird seit mehr als 10 Jahre verhandelt.



Faire Trade – now!

Stand der Freihandelsverträge der Europäischen Union



FTA = unterzeichnete Freihandelsabkommen

Pending = bevorstehende Freihandelsabkommen

Negotiating = in Verhandlung befindliche Freihandelsabkommen



Faire Trade – now!



Das **Cotonou-Abkommen** ist ein völkerrechtlicher Vertrag zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den AKP-Staaten, der das besondere Verhältnis (insbesondere günstige Zollkonditionen) der EG mit diesen Staaten regelt. Bei den AKP-Staaten handelt sich zum Großteil um ehemalige Kolonien der EU-Mitgliedstaaten.

Das Abkommen wurde als Nachfolger des Lomé-Abkommen - welches am 29. Februar 2000 auslief – am 23. Juni 2000 unterzeichnet. Es umreißt das zwischenstaatliche Verhältnis der Vertragspartner im Bereich Entwicklungshilfe, Handel, Investitionen und Menschenrechte und läuft 2020 aus.

Der Vertrag wurde im Juni 2000 in Benin unterzeichnet. 79 AKP-Staaten sowie die damals 15 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union unterschrieben das Abkommen, das 2002 in Kraft trat.

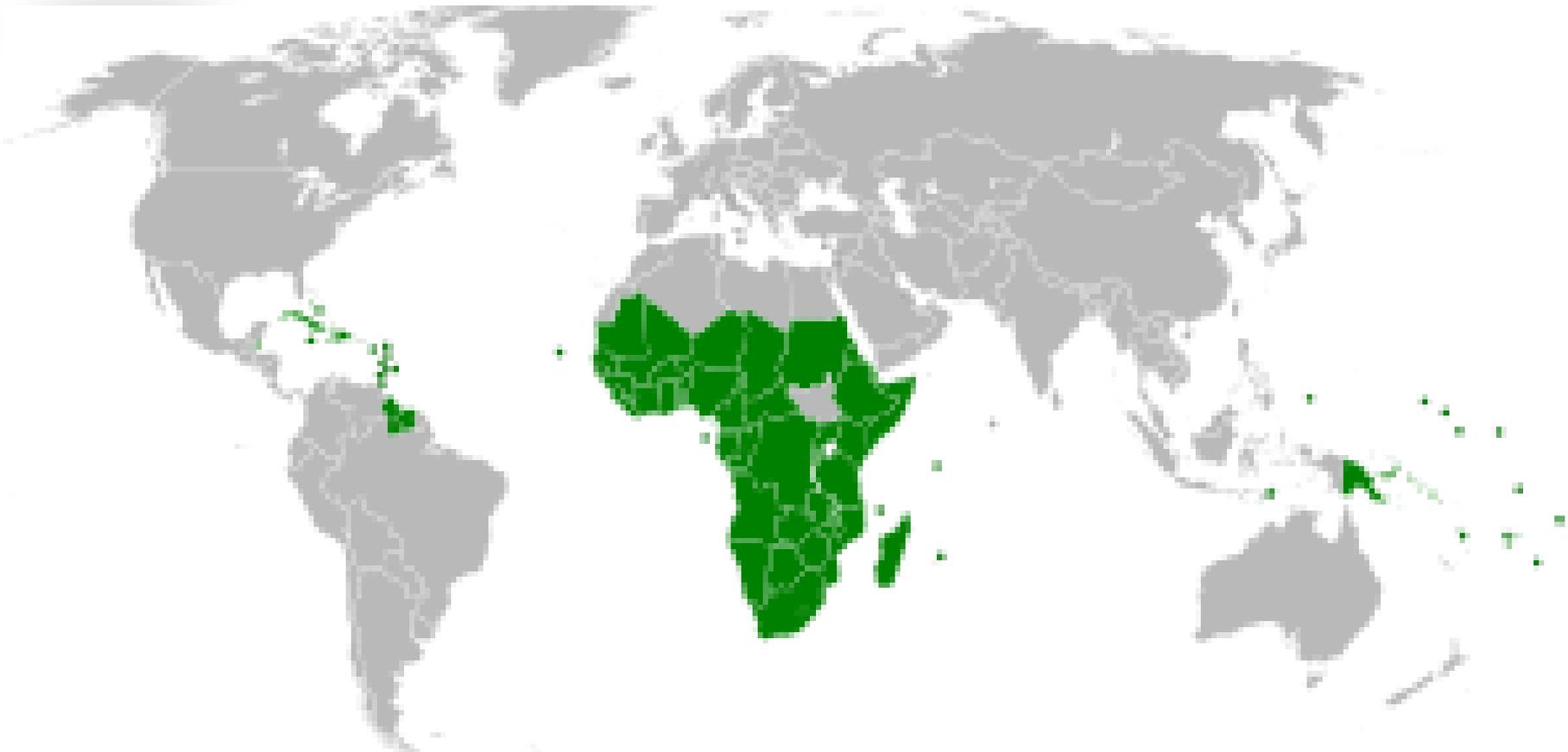
Gemäß diesem Vertrag gibt die EU den AKP-Exporten nicht nur freien Zugang zu ihren Märkten, sondern AKP-Staaten werden ihre eigenen Märkte für EU-Exporte frei zugänglich machen müssen. Im Cotonou-Abkommen wird festgehalten, dass die am wenigsten entwickelten Länder anders behandelt werden als die besser entwickelten.



Faire Trade – now!



AKP-Staaten, die Gruppe der afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten





Faire Trade – now!



EU-„Entwicklungspolitik“

EPAs

79 Länder (AKP-Staaten) stellen 3 Prozent der EU-Importe

Everything but Arms (EbA)

48 ärmste Länder (LDC) dürfen „alles außer Waffen“
zollfrei in die EU einführen und stellen damit 0,6 Prozent
der EU-Importe

39 AKP-Staaten sind auch LDC

Spaltung der regionalen Gemeinschaften



Faire Trade – now!



Zusammenarbeit AKP-Staaten-EU

- 1957-1963 Kolonien und Einzelabkommen
Vorzugsbehandlung
- 1963-1975 Jaunde-Abkommen I-II
Vorzugsbehandlung und Freihandelszone
- 1975-2000 Lomé-Abkommen I-IV
bevorzugter Marktzugang und Garantiepreise
- 2000-(2020) Cotonou-Abkommen
Zollvorteile und reziproke Handelserleichterungen
- Economic Partnership Agreements – EPAs
Reziprozität und WTO-Konformität



Faire Trade – now!

EU Handelspräferenz „Alles außer Waffen“

Seit 2002 haben die 49 ärmsten Länder der Erde, darunter 33 afrikanische Staaten zollfreien Zugang in die EU für ihre Produkte!

Wer braucht da die EPAs? Nur Nicht-LDCS

Least Developed Countries



Small Island Developing States are marginalized from the global economy by the combined adverse consequences of their small size, remoteness from large markets, and high economic vulnerability to economic and natural shocks beyond domestic control.

Landlocked Developing Countries face serious constraints on their overall socio-economic development in the form of lack of territorial access to the sea, remoteness and isolation from world markets, and high transit costs.

* Also Small Island Developing States (SIDS)
Also Landlocked Developing Countries (LLDCs)

1. Angola
2. Benin
3. Burkina Faso #
4. Burundi #
5. Central African Republic #
6. Chad #
7. Comoros *
8. Democratic Republic of the Congo
9. Djibouti #
10. Equatorial Guinea
11. Eritrea

12. Ethiopia #
13. Gambia
14. Guinea
15. Guinea-Bissau *
16. Lesotho #
17. Liberia
18. Madagascar
19. Malawi #
20. Mali #
21. Mauritania
22. Mozambique
23. Niger #
24. Rwanda #

25. São Tomé and Príncipe *
26. Senegal
27. Sierra Leone
28. Somalia
29. Sudan
30. Togo
31. Uganda #
32. United Republic of Tanzania
33. Zambia #

1. Afghanistan #
2. Bangladesh
3. Bhutan #
4. Cambodia
5. Kiribati *
6. Lao People's Democratic Republic #
7. Maldives *
8. Myanmar
9. Nepal #
10. Samoa *
11. Solomon Islands *
12. Timor-Leste *
13. Tuvalu *
14. Vanuatu *
15. Yemen





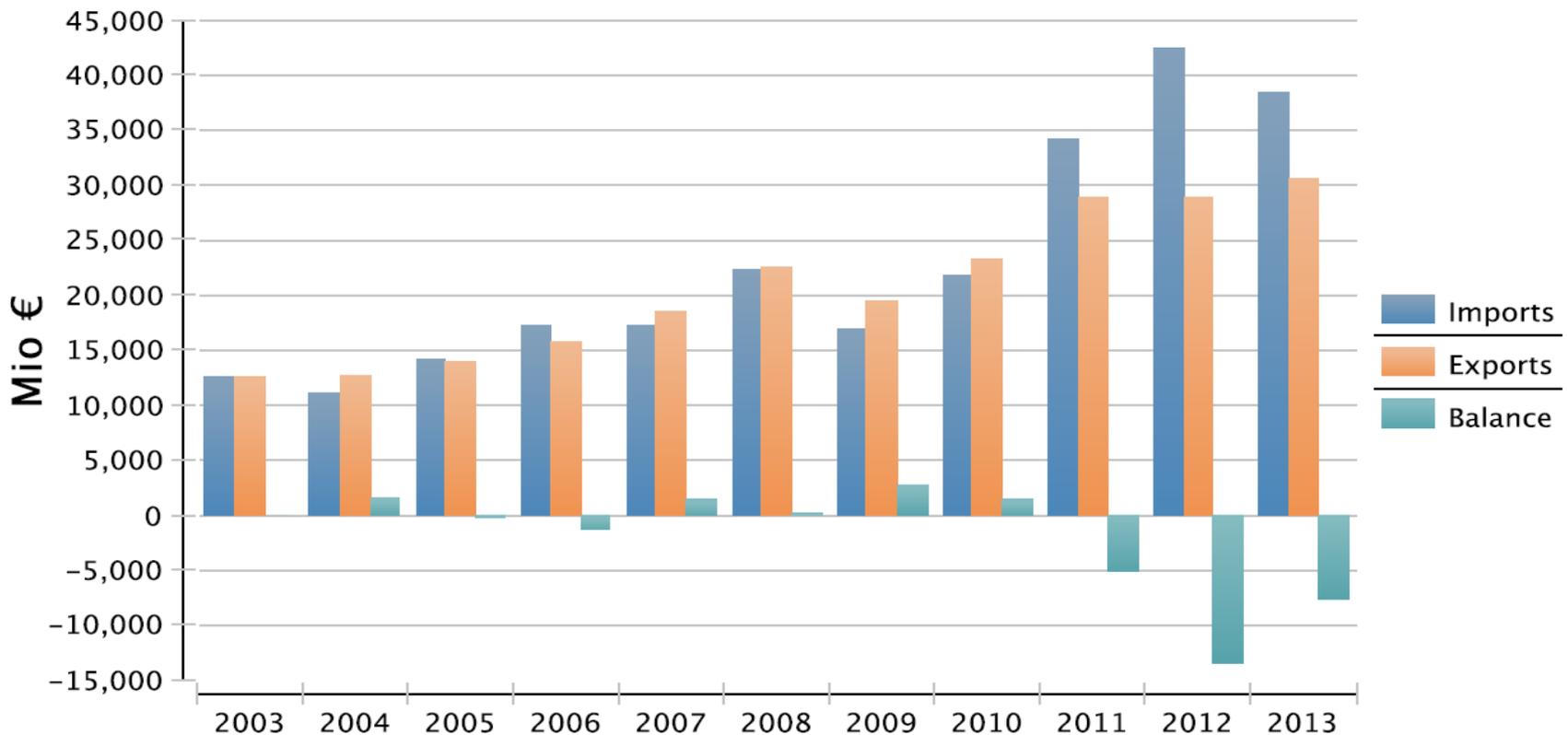
Faire Trade – now!

Afrikas negative Handelsbilanz zur EU

European Union, Trade with ACP West Africa

Total goods: EU Trade flows and balance, annual data 2004 - 2013

Source Eurostat Comext
Statistical regime 4





Faire Trade – now!



Beispiel Agrarhandel zwischen EU und Afrika:

Landwirtschaft als wichtigster Wirtschaftsfaktor

Ca. 67% der Menschen in Afrika, südlich der Sahara sind in der Landwirtschaft beschäftigt

Landwirtschaft macht 17% des Bruttoinlandsprodukts
20% des Außenhandels sind Agrarprodukte (Anteil am Weltagrarhandel rückläufig (1979:8% - 2002:3,4%))

Wert der Agrarexport 32 Milliarden € (1990: 12 Milliarden!)

Wichtigste Devisenquelle und die wichtigste Quelle für private Ersparnisse und staatliche Einnahmen

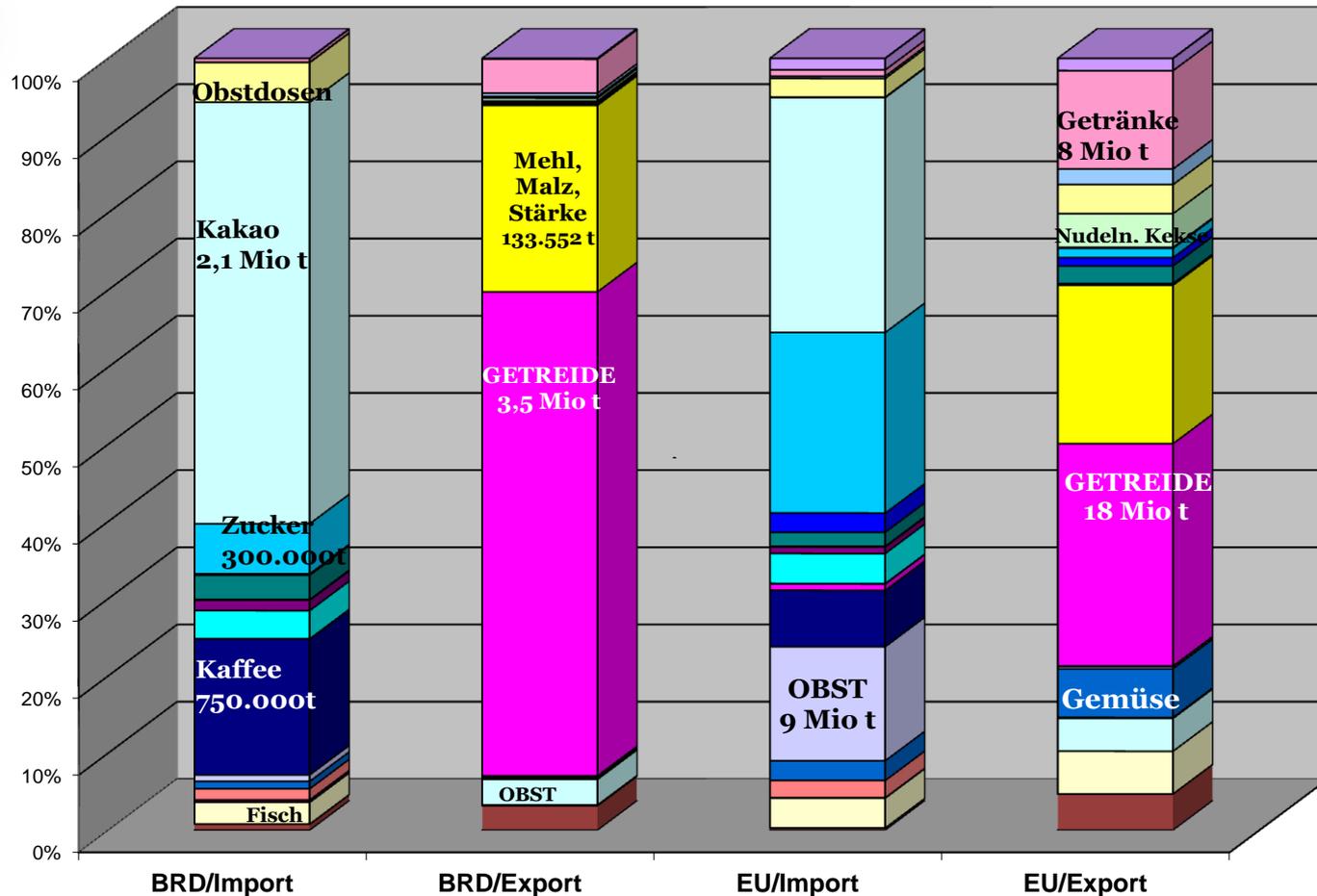
Wichtigster Lieferant von Rohstoffen für die verarbeitende Industrie



Faire Trade – now!

Agrarhandel EU/Deutschland - Afrika (südl. Sahara)

(ohne Rep. Südafrika, Menge in t)

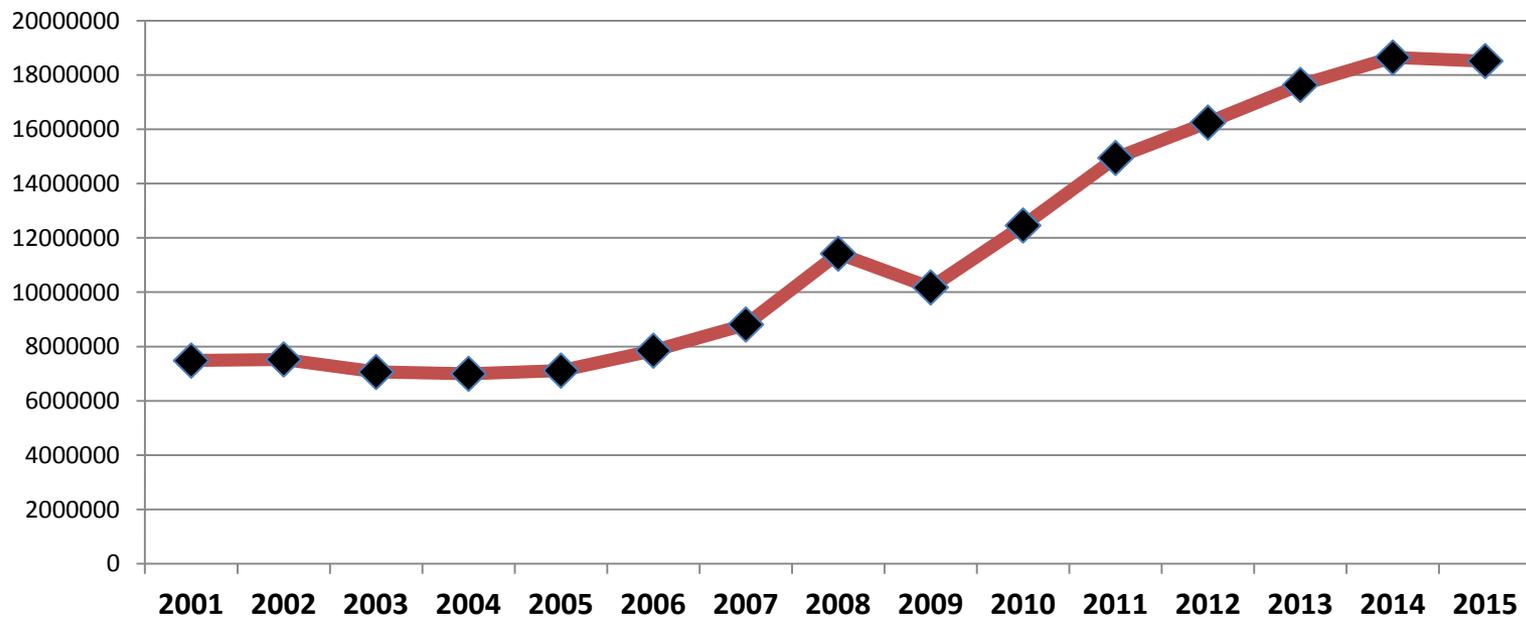




Faire Trade – now!

EU Agrarexporte sind ein Störfaktor für die Entwicklung einer armuts- und hungerreduzierenden Landwirtschaft in Afrika

EU Agrarexporte nach Afrika in Mrd. Euro

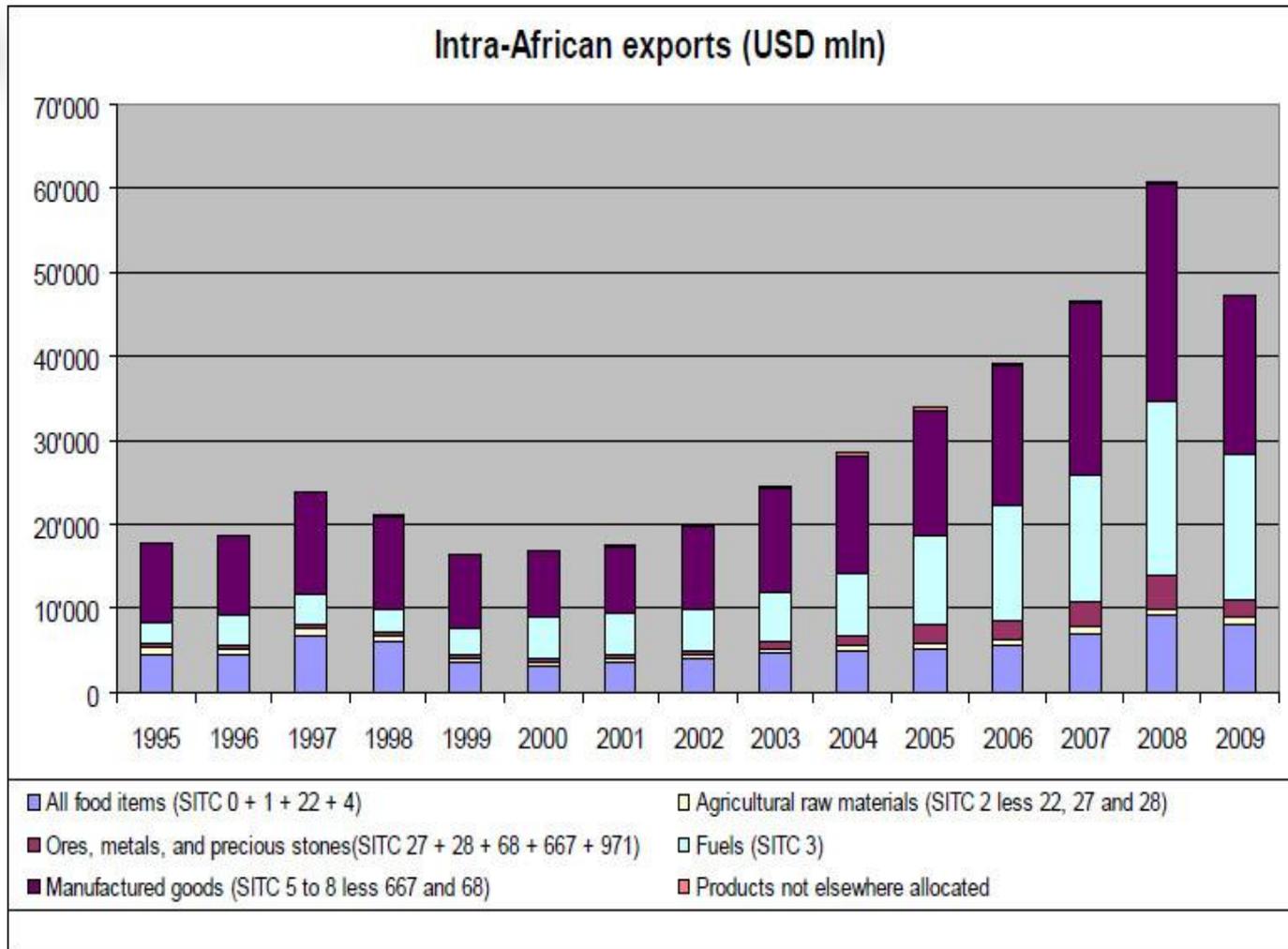


Drei Beispiele negativer Folgen: Fleisch – Milch -Brot



Faire Trade – now!

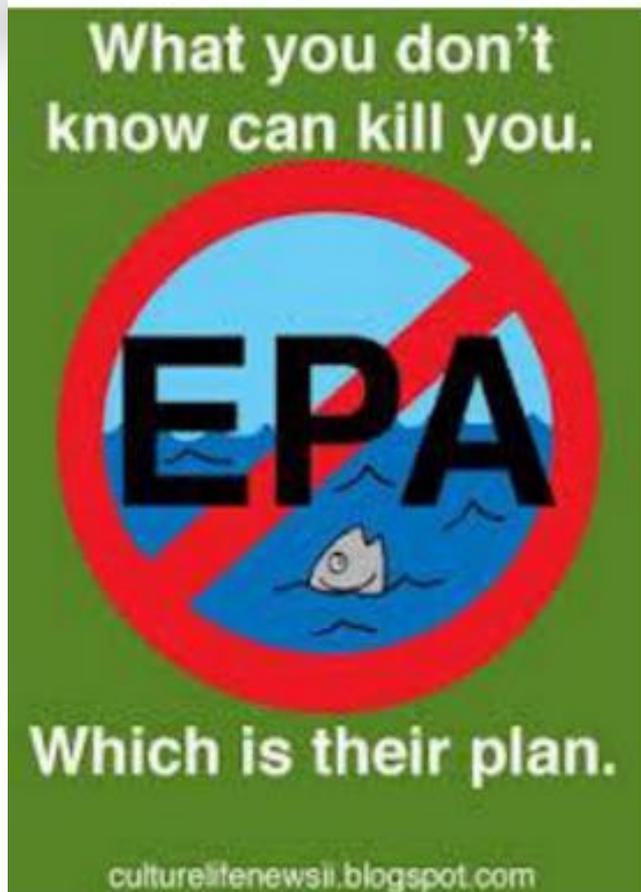
Innerafrikanischer Handel – nichts als Erze und Benzin





Faire Trade – now!

EPA-Wirtschaftspartnerschaftsabkommen



1. Freihandel betrifft nicht nur Zölle, sondern auch:
 - a. Regulierung, Standards, Normen
 - b. Lizenzen
 - c. Nationale Steuersysteme
 - d. Investitionen
 - e. Handelsabkommen mit Drittländern
2. Freihandel betrifft nicht nur Handel, sondern auch:
 - a. Menschenrechte
 - b. Umwelt
 - c. Arbeitsrechte
 - d. Recht auf nachholende Entwicklung



Faire Trade – now!



EPA-Wirtschaftspartnerschaftsabkommen

Der Europa-Ausschuss der französischen Nationalversammlung veröffentlichte einen umfangreichen Bericht. Der Bericht nennt „vier Schocks“, denen die AKP-Staaten ausgesetzt wären, wenn sie ihre Märkte öffneten:

1. ein Haushaltsschock aufgrund der zu erwartenden Einnahmeverluste wegen der wegfallenden Importzölle;
2. ein Außenhandelsschock durch sinkende Wechselkurse, wenn die AKP-Staaten nicht konkurrieren können;
3. ein Schock für die schwachen, im Aufbau befindlichen Industriesektoren in den AKP-Staaten, die der Konkurrenz aus der EU nicht gewachsen sind;
4. ein landwirtschaftlicher Schock, da lokale Märkte und Produzenten mit den Billigimporten aus der Europäischen Union (hoch subventioniert) nicht konkurrieren können.



Faire Trade – now!



Zollverluste durch EPAs

Kenia 742 Millionen US-\$

Tansania 940 Millionen US-\$

Uganda 597 Millionen US-\$

Burundi 24 Millionen US-\$

Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft 1 871 Millionen €
bis 2035

zugessagte Kompensation 1 300 Millionen = Verlust von 44
Prozent



Faire Trade – now!



Die wirtschaftlichen Folgen der Billigimporte aus der EU am Beispiel Kamerun :



10,5 Milliarden CFA an Verlusten für die einheimische Wirtschaft in (ca.15 Mios Euro)

110 000 Arbeitsplätze gehen in der Landwirtschaft verloren und berühren so die Lebensgrundlage von über einer Million Menschen in Kamerun

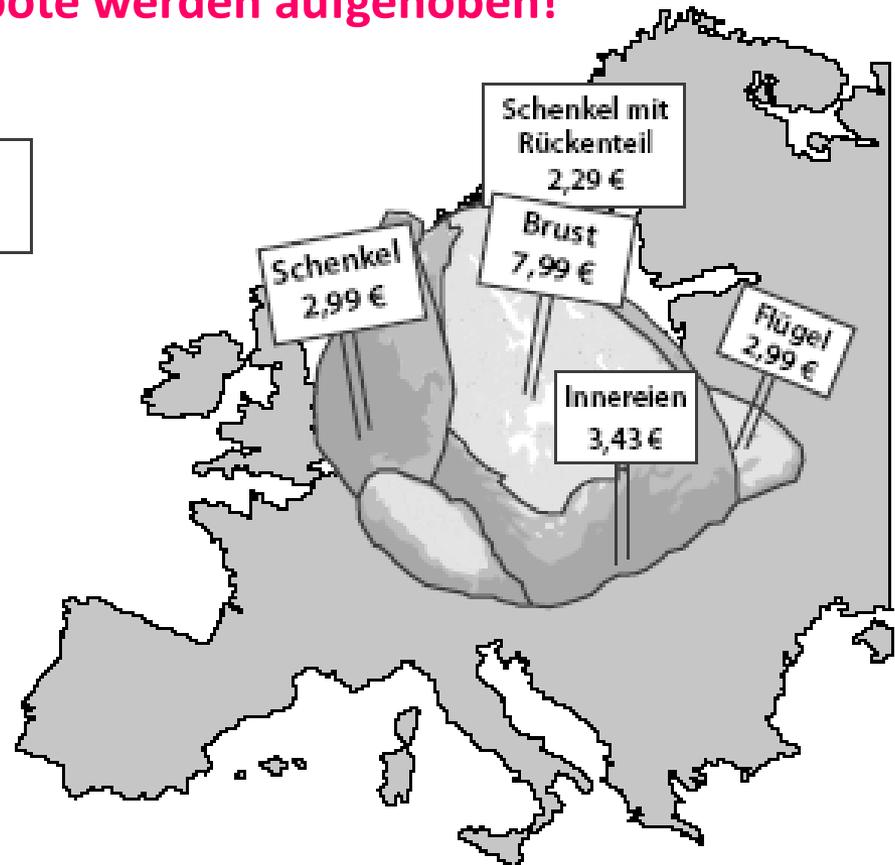
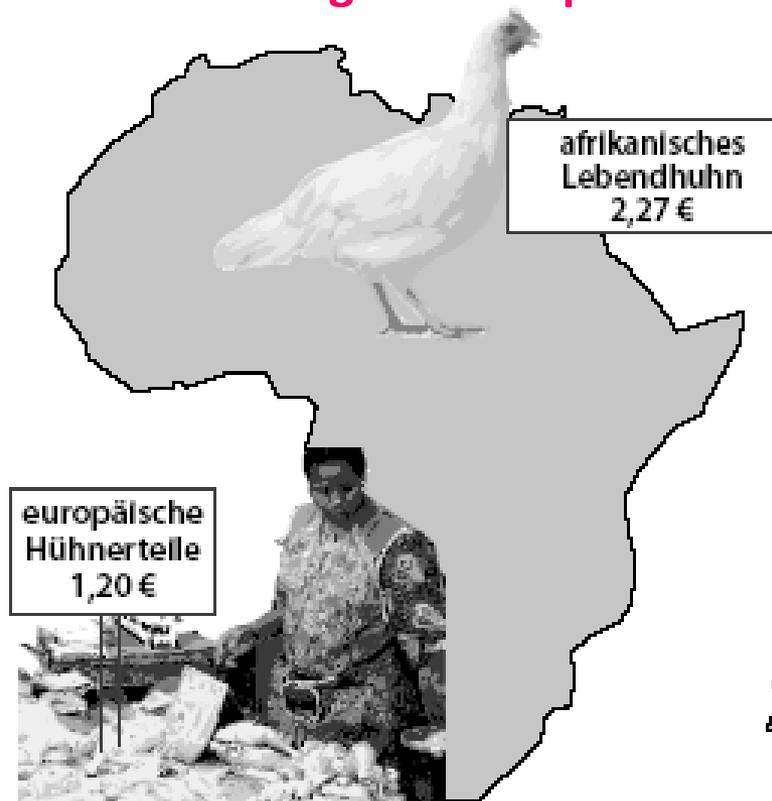
Die vollkommene Vernichtung der nationalen Geflügelproduktion

Damit eine Vertiefung der Armutbedingungen in Stadt und Land



Faire Trade – now!

Billigexporte sind Dumping!
- Erfolgreiche Importverbote werden aufgehoben!





Faire Trade – now!



Weil in Europa überwiegend Hühnerbrust gegessen wird und der Rest eines Huhnes nicht, wird der übrige Teil des Huhnes nach Afrika exportiert und machen langfristig KAB-Hühnerprojekte wie in der Diözese Gulu kaputt. Denn die importierten Hühnerteile sind billiger als die von einheimischen Hühnern.



Faire Trade – now!



Wenn es in Uganda läuft wie in Westafrika, wo billiges Milchpulver aus Europa zu Jogurt verarbeitet wird, dann hat es die CWM/KAB, Makondo in der Diözese Masaka zukünftig schwerer ihre Frischmilch abzusetzen.



Faire Trade – now!

Was EPAs für die AKP-Staaten bedeuten

Armut

Arme Staaten werden dazu gezwungen, ihre Märkte für die unfaire Konkurrenz durch europäische Waren und Dienstleistungen zu öffnen. Das gefährdet die Existenzgrundlage tausender Menschen.

... weniger Freiheit

Den AKP-Regierungen wird die politische Steuerungsfähigkeit genommen, die einheimischen Märkte und Industrien zu schützen sowie ausländische Unternehmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen und Nutzung lokaler Ressourcen zu verpflichten.

... und noch mehr Armut

Den AKP-Staaten stehen weniger Finanzmittel für Gesundheit und Bildung zur Verfügung, da sie weniger Zölle auf europäische Importe erheben können.

Stopp EPA Kampagne als Antwort auf EU-AKP Verhandlungen



Warum wir EPAs stoppen müssen

EPAs sind unfair

Selbst die Regeln der WTO sehen für die ärmeren Länder eine Sonderbehandlung vor, d.h. sie müssen ihre Märkte nicht im gleichen Maße wie die reichen Länder liberalisieren. EPAs sehen keine derartigen Ausnahmen vor.

EPAs sind WTO-plus

Ende 2003 setzten sich die Entwicklungsländer in der WTO erfolgreich gegen die Liberalisierung neuer Bereiche, darunter Investitionen, Wettbewerb und das öffentliche Beschaffungswesen, zur Wehr. Die EU treibt diese Forderungen nun in den EPA-Verhandlungen voran.



Faire Trade – now!



15 Jahre Widerstand gegen EU- Wirtschaftspartnerschafts- abkommen (EPAs) Wie ist der Stand der Umsetzung?

EPA, abgeschlossen mit Teil von Wirtschaftsgemeinschaft Südliches Afrika (SADC) – Namibia, Rep. Südafrika, Botswana, Swasiland...

ratifizierte Zwischenabkommen mit südöstlichem Afrika (Simbabwe), Kamerun, Ghana und Cote d'Ivoire

abgeschlossene Verhandlungen in zwei Wirtschaftsgemeinschaften (Ost- und Westafrika)

Westafrika und Ostafrika EPA noch nicht von allen unterzeichnet (Gambia, Mauretanien, Nigeria) bzw. (Tansania, Südsudan, Burundi, Uganda)

Nächste Schritte: Ratifizierungen des SADC EPA im Bundestag und anderen Mitgliedsländern

Afrikanische Parlamente müssen alle noch ratifizieren
nach EU Parlament, müssen auch alle 28 EU Staaten ratifizieren

Hoher politischer Druck auf o.g. Staaten endlich auch die EPAs zu unterzeichnen



Faire Trade – now!



15 Jahre Widerstand gegen EU-Wirtschaftspartnerschaftsabkommen Wie ist der aktuelle Stand?

Aktuell weigert sich hauptsächlich Tansania, das EPA mit Ostafrika (Tansania, Kenia, Uganda, Südsudan, Ruanda, Burundi) zu unterschreiben, da sie in der erzwungenen Zollöffnung für Fertigprodukte eine Gefahr darin sehen, in der Zukunft eine eigene Verarbeitungsindustrie für ihre Rohstoffe aufzubauen. Dazu kommt, dass ihr Haupthandelspartner Großbritannien durch den BREXIT nicht mehr, wie bisher die tansanischen Waren zollfrei einführen müsste. Für die eigene Zollabschaffung bekommt Tansania von der EU nur wenig. Das EPA mit Ostafrika tritt allerdings nur in Kraft, wenn alle fünf Länder unterschreiben. Auch Uganda, Südsudan und Burundi haben noch nicht unterschrieben.

Die Präsidenten der Mitgliedstaaten der Ostafrikanischen Gemeinschaft (EAC) haben Ugandas Präsident Museveni beauftragt, gegenüber der EU Kommission in Brüssel auf Nachverhandlungen zu drängen.



Faire Trade – now!



Aus dem Koalitionsvertrag der aktuellen Bundesregierung

Die neu gebildete große Koalition spricht sich für einen fairen Handel aus. In der Koalitionsvereinbarung steht:

„In Deutschland erzeugte landwirtschaftliche Produkte dürfen nicht zu Lasten der Entwicklungsländer produziert und exportiert werden. Die EPAs der EU mit den afrikanischen Staaten sollen daraufhin überprüft werden, ob sie der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung dienen. In den EPAs sollen verbindliche soziale (ILO Kernarbeitsnormen, menschenrechtliche und ökologische Mindeststandards verbindlich festgeschrieben werden.“



Faire Trade – now!



**Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung**

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Dienststadt Berlin, 11055 Berlin

Peter Niedergesäss
KAB Diözesansekretär
Jahnstr. 30
70597 Stuttgart

EINGEGANGEN
28. Aug. 2018

Gunther Beger
Leiter der Abteilung 1
Grundsatzfragen; Wirtschaft;
Handel; ländliche Entwicklung

POSTANSCHRIFT UND ZUGANG
Stresemannstr. 94,
EuropaHaus
10963 Berlin
TEL +49 (0)30 - 18 535 - 2200
FAX +49 (0)30 - 18 535 - 2515
E-MAIL gunther.beger@bmz.bund.de
www.bmz.de
Berlin, 24.08.2018

Petition Fairer Handel mit Ostafrika

Ihr Schreiben vom 25.07.2018
GZ: 111 E6222-0051/003
Seite 1 von 3

Sehr geehrte Herr Niedergesäss,

vielen Dank für die Zusendung der Unterlagen zur Petition „Fairer Handel mit Ostafrika“.

Ich begrüße den Einsatz der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung für eine „demokratisch kontrollierte Handelspolitik, die den Menschen dient und die Umwelt schützt“. Die Bundesregierung setzt sich für die Gestaltung des internationalen Handels nach sozial-ökologischen Grundsätzen unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft ein. Dieses Ziel ist auch an mehreren Stellen im Koalitionsvertrag festgehalten. Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit im Bereich Handel trägt entscheidend zu seinem Erreichen bei. Unsere Grundsätze decken sich dabei zum großen Teil mit den von Ihnen formulierten Forderungen (siehe hierzu insb. die deutsche Strategie zu Aid for Trade sowie den Marshallplan mit Afrika, beides aus dem Jahr 2017):

Deutschland fördert den Ausbau des afrikanischen Binnenmarktes. Das BMZ unterstützt dazu die Afrikanische Union (AU) bei den Verhandlungen zur afrikanischen kontinentalen Freihandelszone. Wir tragen gleichzeitig auch durch die Unterstützung regionaler Wirtschaftsgemeinschaften wie der Ostafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (East African Community, EAC) und der Förderung regionaler Wertschöpfungsketten zur Vertiefung der regionalen Integration bei.

Minister Gerd Müller lässt der KAB antworten und findet und will den Marktzugang für afrikanische Produkte fördern. Seiner Meinung nach schaffen die EPA's den Rahmen dazu. Das Gegenteil ist der Fall. Sie schaffen einen besseren Marktzugang für europäische Produkte in Afrika und zerstören im landwirtschaftlichen Bereich die Lebensgrundlagen.



Faire Trade – now!



Wie kann gehandelt werden?

- Unsere erste Priorität muss sein, die Länder Afrikas mit Beratung und Investment dabei zu unterstützen, einen funktionierenden afrikanischen Binnenmarkt aufzubauen.
- Wir, die KAB unterstützen die afrikanischen Länder dabei, Wertschöpfungsketten vor Ort aufzubauen, um dadurch neue Arbeitsplätze in Afrika zu schaffen, die Vorort Versorgung mit regional weiterverarbeiteten hochwertigen Produkten zu gewährleisten und somit gezielt Armut als eine Fluchtursache zu bekämpfen.
- Afrika braucht keine EPAs! Daher setzen wir uns für den Export von veredelten, in Afrika verarbeiteten Produkten ein ganz bewusst im Gegensatz zur üblichen Praxis, nur Rohstoffe aus Afrika zu importieren.
- Die afrikanischen Länder sollen Fachberatung dahingehend erhalten, dass die verarbeitenden Produkte sowohl qualitativ dem europäischen Markt entsprechen, als auch konform mit den EU-Gesetzen sind.
- Mit der Maxime „erst der Mensch“, schaffen wir Beziehungen auf Augenhöhe mit den afrikanischen Staaten und setzen den Kernsatz der katholischen Soziallehre um: „Der Mensch soll Urheber, Mittelpunkt und Ziel allen Wirtschaftens sein“.



Faire Trade – now!



THE UNDERSIGNED CIVIL SOCIETY ORGANIZATIONS



East African Civil
Society
Organizations'
Forum (EACSO)-
Rwanda Chapter



BEACON-
Kenya



Southern and
Eastern African
Trade Information
and Negotiations
Institute

Am 10. August 2018 hatten wir in Kampala ein Gespräch mit einem Vertreter von SEATINI der uns auf die Folgen des Wirtschaftspartnerschaftsabkommens mit der EU für Uganda hinwies. Auf den nachfolgenden zwei Folien zitieren wir aus deren Stellungnahme vom Februar 2018.



Faire Trade – now!



„Darüber hinaus sieht der Liberalisierungsplan den Schutz von jungen Industrien und sensiblen Produkten vor. Eine sorgfältige Prüfung der Zeitpläne führt jedoch zu deutlichen Widersprüchen. So hat die EAC zum einen Maismehl mit einem Zollsatz von 50% geschützt, zum anderen wurde Maisstärke, ein Nebenprodukt von Maismehl, liberalisiert. Diese Widersprüche gelten auch für andere Produkte wie Maniok und Kartoffeln. Mit einem solchen Liberalisierungsplan wird die Förderung der Wertschöpfung durch die Agro-Verarbeitung stark eingeschränkt sein und die Ernährungssicherheit aufgrund der unterstützenden Verbindungen zwischen Landwirtschaft und Produktion gefährden.“





Faire Trade – now!



„Während es sich bei den Ausfuhren aus der Region in die EU überwiegend um Primärerzeugnisse handelt, handelt es sich bei den in der Region gehandelten Erzeugnissen um Mehrwertprodukte. Im Jahr 2015 beliefen sich die Ausfuhren Ugandas in andere EAC-Partnerstaaten auf insgesamt 771,6 Millionen Dollar, verglichen mit Ausfuhren im Wert von 443 Millionen Dollar in die EU. Es sei darauf hingewiesen, dass die EU sowohl Industrieerzeugnisse als auch landwirtschaftliche Erzeugnisse mit Zusatznutzen in die EAC exportiert. Es ist auch eine Tatsache, dass die Präferenzen und der Markt, den die EU dem EAC anbietet, illusorisch sind, da sie durch die Freihandelsabkommen, die die EU mit allen anderen Regionen der Welt abschließt, und auch durch die vorgeschlagenen Zollsenkungen in den laufenden Verhandlungen im Rahmen der WTO-Doha-Runde ständig untergraben werden.“



Über Ägypten kommen Früchte aus der Türkei nach Uganda, durch ein eigenes Handelsabkommen



Faire Trade – now!

Die Petition der KAB an Cecilia Malmström und Gerd Müller



Stoppen Sie das Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit der Ostafrikanischen Gemeinschaft.

Geben Sie dem von Ugandas Präsident Museveni im Namen der Ostafrikanischen Gemeinschaft übermittelten Wunsch nach und öffnen Sie den Dialog für faire Handelsbeziehungen. Sie sollten sicherstellen, dass die Bauern in Ostafrika nicht ihrer Existenz beraubt werden, dass die Nahrungssicherheit und Souveränität der Menschen dort gewährleistet wird und, dass sowohl staatlicherseits als auch seitens der in Ostafrika agierenden Unternehmen die in den UNO-Konventionen verbrieften Menschenrechte eingehalten werden. Stellen Sie sicher, dass zukünftige Handelsbeziehungen zwischen der EU und Afrika verbindliche Vereinbarungen zu Handel und nachhaltiger Entwicklung enthalten, darunter auch bindende und einklagbare Regeln. Zur Einhaltung zumindest der ILO-Kernarbeitsnormen, der wichtigsten Umweltschutzkonventionen und des Pariser Klimaschutzabkommens.



Faire Trade – now!



Europa erzeugt die Flüchtlinge selbst

Politiker versprechen, die Fluchtursachen in den armen Ländern zu bekämpfen. Gleichzeitig versucht die EU, in Afrika ein verheerendes Freihandelsabkommen durchzusetzen.

Zeit 1.8.2016

Freihandel mit Afrika klingt fair, ist aber ungerecht

Mit Geld für Entwicklungshilfe will Angela Merkel Fluchtursachen in Afrika bekämpfen. Doch ein Teil des Problems sind die Europäer selbst - und ihr Drang zum Freihandel.

Süddeutsche 15.10.2016



Faire Trade – now!



Uganda und dessen Bevölkerung tut viel, damit die 1,4 Millionen Flüchtlingen aus dem Kongo und dem Südsudan in Uganda leben können. So erhält jede Flüchtlingsfamilie ein Stück Land (30x30 Meter) um darauf zu leben und es zu bewirtschaften. Für eine wirkliche Perspektive brauchen sie einen fairen Handel, der ihnen die Möglichkeit gibt eine eigene Existenz aufzubauen.



Faire Trade – now!



**Fluchtursachen bekämpfen: Faire
Handelsverträge für Ostafrika!**

JETZT PETITION UNTERSCHREIBEN!

**ABGABE IHRER STIMME IST BIS
ZUM 31. 12. 2018 MÖGLICH!**

Wir unterstützen den fairen Handel!



Lule Israel, Kleinbäuerin aus Luwero in Uganda liefert ihre ökologisch angebaute Ananas an die Social Company Bio Uganda. Von dort erhält sie einen fairen Preis und weil die Ananas nur getrocknet und damit naturbelassen ist wird beim Import nach Europa kein Zoll erhoben.

Das liegt am Status von Uganda. Das Einkommen in Uganda ist gering, deshalb gehört es zu den „less developed countries“ (Niedrigeinkommensländer und kann zollfrei nach Europa exportieren.) Die Erfahrungen bisheriger EPAs zeigen, dass durch diese der Export aus den afrikanischen Ländern nicht gestiegen ist, dafür aber der Import von europäischen Produkten.

Wir wollen Lule Israel und ihre Kolleginnen unterstützen. Deshalb verkaufen wir im Rahmen der „36 Stundenaktion“ getrocknete Ananas aus Uganda und unterstützen so den fairen Handel.



Faire Trade – now!



Für einen fairen Welthandel!

Welthandel geht uns alle an: Deshalb brauchen wir eine faire, transparente und **demokratisch kontrollierte Handelspolitik**

Freihandel ist kein Wert an sich: Deshalb muss Handelspolitik **Menschenrechten, Armutsbekämpfung und Umweltschutz** dienen

Alle Länder haben das Recht, ihre Wirtschaft selbst zu steuern. Deshalb dürfen die politisch und wirtschaftlich stärkeren die ärmeren Länder **nicht länger zur Marktöffnung drängen**

Angemessene Ernährung, Bildung und Gesundheitsversorgung sind Menschenrechte: Deshalb darf die staatliche Verpflichtung zur Realisierung dieser Rechte nicht durch die Welthandelspolitik ausgehöhlt werden

Menschen und Umwelt müssen **Vorrang vor Unternehmensprofiten** haben. Deshalb müssen Unternehmen und ihre Investitionen durch verbindliche soziale und ökologische Standards reguliert werden.



Faire Trade – now!



**Vielen Dank für die
Aufmerksamkeit!**



**Peter Niedergesäss
KAB-Diözesansekretär, Stuttgart**



Faire Trade – now!

